

Gewissen

39hnter Jahrgang Nr. 35

Berlin, Sonntag, 26. August 1928

Herausgeber: Heinrich von Gleichen. Verantwortlich für die Schriftleitung: Friedrich Borwerl. Verlag: Im Selbstverlag Heinrich Freiherr von Gleichen-Rußwurm, Berlin W 30, Mohstr. 22. Druck: Industrie- u. Handels-Druckerei, Hermann Scharf, Berlin SO 36, Dresdener Str. 15. Das „Gewissen“ erscheint wöchentlich am Sonntag. Bezugsbedingungen: Im Inland: Durch die Post monatlich 1.— RM., durch den Verlag (nur Jahresabonnement) 12.— RM. Im Ausland: Durch den Verlag unter Streifband vierteljährlich 3.75 RM., Jahresabonnement 15.— RM. Bestellungen nimmt jede Postanstalt entgegen.

Interparlamentarier

In Berlin ist der Kongreß der Interparlamentarischen Union durch den Vizepräsidenten ihres Rats, den tschechischen Minister Dr. Brabec, eröffnet worden. Ein Pazifist hoher Grade, der ehemalige demokratische Reichstagsabgeordnete und Völkerrechtslehrer Professor Dr. Schüding, ist zum Präsidenten der Tagung gewählt worden. Schüdings Programmrede war klug und gemäßigt, er überschlug sich nicht in Optimismus, sondern sprach von der Wende der Zeiten, in der alles halb und halb sei. Reichskanzler Hermann Müller überbringt die Grüße des Reichspräsidenten und der deutschen Reichsregierung. Seine Rede ist inhaltlos, aber auch er sagt, daß das „große Ziel“ noch in der Ferne liege, daß es noch vieler und gemeinsamer Anstrengungen bedürfe, um in das gelobte Land des Friedens zu gelangen. Schließlich bleibt als „Wert“ dieser Tagung nichts als die persönlichen Verbindungen und das Herumreden über Demokratie und Weltfrieden.

Öst man sich einmal einen Augenblick von den gewohnten Vorstellungen über den Parlamentarismus — und seinen Superlativ: die Interparlamentarische Union —, überlegt man, wann und woher der Parlamentarismus seinen Anfang genommen hat, so entdeckt man sehr Merkwürdiges: nämlich einen Parlamentarismus, der die Einrichtung einer öffentlichen Meinung ist, die sonst nicht zu Wort kam, einen Parlamentarismus als Institution einer Zeit, in der es noch nicht eine Morgenausgabe und eine Abendausgabe, eine „B. Z. am Mittag“, eine „Nachtausgabe“ und Morgenausgaben um 9 Uhr abends gegeben hat: den Parlamentarismus einer Welt, die das gedruckte Wort nur mühsam handhabte, die nur Wochenzeitungen kannte, eine Welt also, in der es eine öffentliche Meinung und ihre Kontrolle über das politische Leben noch nicht gab. Zum „Parlamentarismus“, der darum reden mußte, „parlare“. Dabei blieb es. Denn was sind die Parlamentarier von heute anders als — über die großen Telegraphenbüros — Gratismitarbeiter der Tagespresse. Ihre Reden jedenfalls haben keine größere Bedeutung. Vielleicht ihre Abstimmungen? Aber sofern sie die haben, sind sie von Uebel, stören und korrumpieren sie die Regierungsgeschäfte. „Interparlamentarier“? Eine Erfindung der Gegenwart, aber auch eine Erfindung der Presse, die dadurch ihren inter-

nationalen Akzent verstärken möchte — Interparlamentarier, sie stören und korrumpieren die große Politik.

Sie tun das, gerade wenn man berücksichtigt, daß der Pazifismus selbst und die Verständigungspolitik diplomatische Mittel sind, denen sich auch konservativ gerichtete, für die Nation handelnde Staatsmänner nicht entziehen dürfen. Heute wird über die Interparlamentarier eine öffentliche Meinung fabriziert, die die Abrüstung und den Weltfrieden als Ziel aller Völker der Welt hinstellt. Die Staatsmänner der Welt „nehmen Rücksicht“ auf diese öffentliche Meinung, sie gebrauchen ihre Floskeln zur Verbrämung ihrer eigenen Politik und verdecken dahinter, was sie in Wirklichkeit treiben: Hochrüstung und Kriegsbündnisse.

Die französische Delegation zur Interparlamentarischen Konferenz in Berlin, geführt von dem Senator Henry de Jouvenel, ist eine der stärksten des westlichen Auslandes. Der Präsident der französischen Kammer, Ferdinand Bouisson, ist zum Präsidenten des Rats der Interparlamentarischen Union gewählt worden. Und Bouisson ist einer der gefälligsten Mitarbeiter des Quai d'Orsay, ist Mittelsmann zwischen Briand und Poincaré. So wird deutlich, wie seine Aufgabe hier in Berlin ist, die Politik seines Herrn und Meisters Poincaré zu fachieren. Und es ist nur ein Zeichen der Zeit, daß es selbstverständlich die Deutschen sind, die den Vorschlag machten, Herrn Bouisson zum Präsidenten des Rats zu wählen. Die deutschen Interparlamentarier unterstützen — wissend oder nicht — die korruptive Politik Frankreichs, die Verständigung und Weltfrieden im Munde führt, aber den Krieg betreibt.

Und dabei, wie schon gesagt, könnten und müßten Weltfrieden und Verständigung Ziele und Mittel der Diplomatie ernster Staatsmänner sein.

Dann nämlich, wenn offenbar ist, daß mit Krieg oder auch nur mit Kriegsdrohung irgendwelche Hochziele der Außenpolitik nicht mehr gesichert werden können. Für das westliche Europa ist dieser Zustand längst gegeben. Unsere Gegner können heute, wenn sie Gewalt anwenden gegen ein entwaffnetes Volk, wie das deutsche, außenpolitisch nichts mehr erreichen. Sie können zerstören, aber sie können nichts mehr gewinnen. Vielleicht wird das nicht eingesehen. Immer-

hin, wenn diese Einsicht zum Leitfaden der deutschen Politik geworden ist — und das ist sie doch wohl im Zusammenhang der Aktionen Stresemanns seit der Liquidation des Ruhrkampfes bis heute —, welchen Anlaß hat dann die deutsche Politik, den korrumpierenden Mißbrauch ihres Verständigungswillens durch das interparlamentarische Geschwätz zu dulden oder gar zu fördern? Gemiß, in den Reden der Interparlamentarischen Union haben neben dem deutschen gemäßigten Sozialisten Dr. David, der in der „Sicherheitsfrage“ die Wahrheit zu sagen wagte, Dänen, Holländer, Ungarn und Deutsch-Oesterreicher den Mut aufgebracht, gegen die Hochrüstung der Entente zu wettern. Aber sie haben nicht verhindern können, daß die französischen Delegierten zu allen diesen Anklagen geschwiegen haben und der französische Senator Merlin als Ziel und Sinn der französischen Politik die Aufrichtung der Vereinigten Staaten Europas proklamierte. Was nebenbei bemerkt, gar nicht einmal so falsch ist, wenn man die Vereinigten Staaten Europas unter französischer Hegemonie sieht.

So kommt es, wie es kommen muß: Wie der Parlamentarismus — seinem Ursprung nach ein Organ der öffentlichen Meinung und nicht eine entscheidende Instanz — redet und nichts als redet und damit die praktischen Möglichkeiten, die ja schließlich auch in einer Demokratie gegeben sind, verdirbt, so reden und reden die Interparlamentarier und verderben damit die praktischen Möglichkeiten, die in einer Politik der Verständigung und des Weltfriedens gelegen sind. Man soll

doch nicht vergessen, daß die Interparlamentarische Konferenz in Berlin tagt, während gleichzeitig noch das Rheinland besetzt ist und die denkbar größte Ungleichheit der Rüstung zwischen den Nationen Europas besteht. Der deutsche Außenminister soll sich nach Paris begeben zur Unterzeichnung des Kellogg-Paktes. Dort in Paris könnte im Augenblick der Unterzeichnung dieses Kriegsächtungspaktes die Dissonanz der Wirklichkeit zum erhabenen Ziel des Weltfriedens politisch in ein gefährliches Blichlicht gerückt werden. Aber schon ist das Halbdämmer eines interparlamentarischen Pazifismus über alle Ereignisse gebreitet, und wir selbst haben das meiste getan, um alle politisch wirksame Kritik auszuschalten und die öffentliche Meinung zu vernebeln.

Was bleibt dann dem deutschen Reichsaußenminister übrig, als durch ein Konzil seiner Aerzte feststellen zu lassen, es sei mit seiner Gesundheit noch nicht zum Besten bestellt. Er geht zwar nach Paris, um den Kriegsächtungspakt zu unterschreiben, muß sich aber schon dort große Mühsicht auferlegen, wird also nicht von Rheinlandräumung sprechen können. Stresemann kann nicht von Paris nach Genf gehen, er muß nach Berlin zurück und sich schonen.

Also auch in Genf wird über Rheinlandräumung und Abrüstung nicht gesprochen werden oder doch nur unverbindlich, weil der deutsche Außenminister sich schonen muß. Dafür aber haben wir die Interparlamentarische Union in Berlin genießen können.

Die politische Woche

Auf der in Berlin tagenden Interparlamentarischen Union bezeichnet der deutsche Sozialdemokrat Dr. David die Situation der internationalen Rüstungen als einen *circulus vitiosus*, da diese Rüstungen auf das Mißtrauen der Staaten untereinander und dieses Mißtrauens wiederum auf Rüstungen zurückzuführen seien. — Reichsaußenminister Dr. Stresemann begibt sich voraussichtlich am Sonntag zur Unterzeichnung des Kellogg-Paktes nach Paris, wird aber auf Anraten seiner Aerzte der Völkerversammlung in Genf fernbleiben. — Der Generalsuperintendent der Kurmark weist die Geistlichen seines Sprengels an, anlässlich der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes im Gottesdienst der Sache des Friedens zu gedenken.

★

Nach Pariser Meldungen ist Kelloggs Entschluß, London auf seiner Reise nach Paris nicht zu berühren, auf ein Telegramm des Präsidenten Coolidge zurückzuführen, wonach eine amerikanische Annäherung an England nicht erwünscht sei, solange die Vereinigten Staaten keinen Ueberblick über die Auswirkung des französisch-englischen Marinepaktes haben. — Chamberlain telegraphiert Kellogg sein Bedauern, daß er krankheitshalber nicht nach Paris kommen könne. — Eine Pariser Zeitung führt aus, daß durch den englisch-französischen Flottenkompromiß „die Engländer die Matrosen Frankreichs und die Franzosen die Soldaten Englands“ geworden seien.

★

Der „D. N. Z.“ wird berichtet, daß die französische Militärbehörde ihrer Regierung gegenüber auf die Besetzung der zweiten Rheinlandzone bereits verzichtet habe, da sie für sie militärpolitisch nicht von besonderer Wichtigkeit sei. — Nach Londoner Meldungen wird die englische Besatzungszone um 5 km nach Südwesten ausgedehnt werden.

★

Auf dem Weltfriedensjugendkongreß in Dömmen verlassen die Vertreter des Jungnationalen Bundes die Sitzung mit dem Hinweis, daß sie als Deutsche kein Interesse daran

haben, die durch Versailles gegebenen Machtverhältnisse mit pazifistischen Phrasen zu bemänteln. — Der auf dem Internationalen Studentenkongreß in Paris zum erstenmal auftretende „Deutscher Studentenverband“ verzichtet darauf, die Danziger und die sudetendeutschen Studenten als Deutsche herauszustellen und als solche zu vertreten.

★

In einer Washingtoner Rede tritt W. Smith, der Präsidentschaftskandidat der Demokraten, für eine Politik der Nichteinmischung der Vereinigten Staaten in die Angelegenheiten der lateinamerikanischen Staaten ein, deren Souveränität geachtet werden müsse. — Die japanische Regierung veröffentlicht die Gesetze zur Bekämpfung der Sowjetpropaganda in ihrem Hoheitsbereich. — Die Kungregierung besetzt ihre Pariser Botschaft mit einer Frau.

★

Der faschistische Generalsekretär Turati spricht vor faschistischen Studenten mit Bezug auf Frankreich als von einer alten verbrauchten Nation, der im Kampfe der Weltanschauungen der Sieg nicht zufallen werde. — Das französische Finanzministerium teilt mit, daß ihm von den für das Jahr 1928 vorgesehenen Darlehenszahlungen nach Begleichung der Besatzungskosten, der Verpflichtungen an die Kriegsbeschädigten und Kriegsschuldentilgung eine Milliarde Franken übrig blieben, die Rüstungszwecken zugute kommen.

★

Nach Meldungen aus Parlamentskreisen beabsichtigt der Reichsfinanzminister Hilferding, den im Reichshaushalt fehlenden Betrag von 600 Millionen Mark von der Reichssozialversicherung zu borgen. — Die Reichspost erzielt im ersten Viertel des Geschäftsjahres 1928 einen Ueberschuß von 87 Millionen Mark. — Die Dresdener Parteifunktionäre der S. P. D. beauftragen ihre Genossen in den Städtischen Körperschaften, Mittel für den Empfang Hindenburgs abzulehnen. Die Chemnitzer Sozialdemokratie nimmt einen Antrag auf Ausschluß der Ministergenossen an.

Um den Faschismus

Kritische Betrachtungen II

Von Heinz Braunweiler

Seit dem Sommer vergangenen Jahres besteht in Lausanne ein „Internationales Institut zum Studium des Faschismus“. Der breiteren Öffentlichkeit hat sich dieses Institut soeben mit einem ersten Jahrbuch vorgestellt, auf dessen reichen Inhalt wir noch öfters zurückkommen werden. In dem Einführungsaufsatz macht der Gründer des Instituts, Professor de Bries de Heekelingen, folgende grundsätzliche Bemerkung, die auch für die Arbeitsweise und die Aufgabe seines Instituts maßgebend ist: „Um den Faschismus mit Nutzen zu studieren, muß man sich über drei Tatsachen völlig klar sein: 1. Der Faschismus stellt die sozialen und politischen Grundsätze wieder her, welche die zivilisierte Welt vor dem Triumphe des aus der Renaissance hervorgegangenen Individualismus beherrscht haben. 2. Diese Grundsätze, die allgemein Anwendung finden können, erhalten ihre verschiedenen Anpassungen nach den Verhältnissen, in welchen man sie anwendet. Sie sind also nicht maßgebend dafür, um die beste Regierungsform festzustellen. 3. Die Anwendung dieser Grundsätze in Italien ist nicht geschehen infolge einer parlamentarischen Aktion, sondern mit Hilfe einer Revolution. Man muß also unterscheiden zwischen den Erscheinungen, die durch den Zufall dieser Entwicklung hervorgerufen sind, und denen, die eine logische Konsequenz des faschistischen Systems gewesen sind.“

Wenn man die politischen Auseinandersetzungen verfolgt, die um den Faschismus spielen, so wird man nicht sagen können, daß die hier gemachten grundsätzlichen Feststellungen sehr beachtet würden. Die allgemeine Vorstellung sieht im Faschismus bis zum heutigen Tage immer noch wesentlich den Weg und die Methode, die Mussolini benutzt hat und benutzt, und sieht gerade in diesen Erscheinungen das eigentlich Charakteristische des Faschismus. So denken nicht nur seine liberalen und sozialistischen Gegner im italienischen Volk, so denken vor allem auch die politischen Kreise des Auslands, die entweder aus freundlicher oder aus feindlicher Einstellung sich mit dem Faschismus beschäftigen, insbesondere, wenn sie zu den Erscheinungen ihrer eigenen Umwelt Stellung nehmen.

Wenn es nach unserer Ueberzeugung, in welcher wir mit Professor de Bries de Heekelingen übereinstimmen, für die historische Bedeutung und die vorbildliche Geltung des Faschismus nur auf das „faschistische System“ ankommt, auf die Weltanschauung, Staats- und Gesellschaftsauffassung, welche der Faschismus vertritt, so ist es doch nicht unnütz, auch den Weg und die Methoden des faschistischen Regimes zu studieren. Denn gerade wenn man das Wertvolle der faschistischen Bewegung anschaulich machen will, dann muß man die Eigenart der Entwicklung beachten, welche zu dem Siege des Faschismus in Italien geführt hat. Dann muß man die Besonderheiten erkennen, unter denen der Sieg des Faschismus in Italien möglich geworden ist. Das bedeutet nämlich zugleich die Erkenntnis, daß auf dem gleichen Wege ein Sieg des „faschistischen Systems“ in anderen Ländern nicht möglich zu sein braucht. Das bedeutet die Erkenntnis, das insbesondere für Deutsch-

land der gleiche Weg wahrscheinlich, ja man darf wohl sagen sicher, nicht möglich ist.

Denn mögen wir das Genie und die Leistung Mussolinis noch so hoch schätzen und davon überzeugt sein, daß ohne sein Genie Italien nicht den Faschismus und den Sieg des Faschismus erlebt hätte, so muß man sich doch auch darüber Rechenschaft geben, welche zeitlichen Bedingungen, welche Verhältnisse und Umstände für ihn günstig gewesen sind und ihm den Sieg zumindest erleichtert, wenn nicht gar überhaupt ermöglicht haben.

Die faschistische Bewegung wurde das Sammelbeden von drei starken geistig-politischen Strömungen, welche in ihrer Vereinigung erst Mussolini jene Erfolgsgabe gaben, mit der er seine Revolution durchführen konnte. Daß es in Wahrheit eine Revolution war, das wird von den Faschisten selbst mit stärkstem Nachdruck und mit höchstem Stolz erklärt. Dem Auslande ist zunächst die Frontsoldatenbewegung als das eigentliche Fundament des Aufstiegs Mussolinis sichtbar geworden. Man muß in diesem Zusammenhang noch erwähnen, daß die italienische Frontsoldatenbewegung, wie sie schon vor Mussolini in den Unternehmungen d'Annunzio's in die Politik eingegriffen hat, durch Waffenbesitz und Waffenrecht wesentlich ausgezeichnet war gegenüber den Frontsoldatenbewegungen anderer Länder. Aber mit den Frontsoldaten allein hätte Mussolini wahrscheinlich nicht seine Revolution gewinnen können. Erst als es ihm gelungen war, mit anderen Kräften die Verbindung und das Bündnis zu finden, wurde seine Macht unüberwindlich. Die eine dieser Kräfte war die syndikalistische Bewegung, welche schon lange vorher im scharfen Kampf mit dem marxistischen Sozialismus gestanden hatte. In dem erwähnten Jahrbuch des „Internationalen Instituts zum Studium des Faschismus“ wird in einer großen Zahl von Aufsätzen, die zusammen fast die Hälfte des Bandes einnehmen, gerade die Begründung des Faschismus durch die syndikalistische Bewegung mit größter Klarheit herausgestellt. Daß die Verbindung zwischen Faschismus und Syndikalismus später in der organisatorischen Unter- und Einordnung der von Edmondo Rossini geführten „Unione Italiana di Lavoro“ in die faschistische Partei auch formell hergestellt wurde, wodurch dann erst die Voraussetzung für das Gelingen des Marsches nach Rom gegeben wurde, darf nicht übersehen lassen, wie sehr die Ideenverwandtschaft zwischen Faschismus und Syndikalismus schon vorher die Entwicklung entscheidend bestimmt hat. Es ist nicht so, wie man wohl gemeint hat, daß erst das klägliche Versagen der marxistischen Organisationen, die an ihren bisherigen Führern und an ihrem bisherigen Glauben irregewordenen Arbeiter zu Mussolini getrieben hat. Die syndikalistische Bewegung fand aus innerer Notwendigkeit den Weg zum Faschismus, dessen Führer selbst sich als Anhänger der Lehre Sorels bekannte.

Die dritte Bewegung, auf die Mussolini sich stützen konnte, war in der geistigen Welt. In dem überaus aufschlußreichen Aufsatz von Professor Giuliano über den historischen Werdegang des faschistischen Ge-

danke (in: „Mussolini und sein Faschismus“) wird dargestellt, wie das philosophische Denken Italiens während des letzten Jahrhunderts sich gewandelt hat. Die Namen Benedetto Croce und Gentile sind hier besonders hervorzuheben. Es entstand eine neue idealistische Philosophie, die gegen die Irrlehren des Liberalismus und Individualismus mit gleicher Entschiedenheit auftrat, wie sie positiv auf der Grundlage eines neuen historischen Bewußtseins den Nationalismus als neuen Glauben verkündete. Und diese neue Weltanschauung gewann die gebildete Welt Italiens und vor allem die Jugend, sodaß Giuliano sagen kann: „Es würde eine gänzliche Verkennung des heutigen italienischen Lebens verraten, wollte man dieses großartigste Ereignis (die faschistische Revolution) lediglich auf einen simplen Versuch der Restauration zurückzuführen, nach Art der legitimistischen Restaurationen, an denen das XIX. Jahrhundert reich war und die stets mißlingen. Nein, es war eine Umwälzung, die den Wesenskern unserer italienischen Geistigkeit getreu wieder spiegelt: die dialektisch betonte Harmonie — wie wir sie schon in der philosophischen Ueberlieferung unserer nationalen Wiedergeburt erkannt haben — und das Bestreben, den neuen Gedanken der Autonomie des Einzelmenschen, der von der französischen Revolution formuliert wurde, mit dem alten Gedanken der theokratischen Autorität, die aus dem katholischen Denken kam, in eins zu verschmelzen. Der faschistischen Revolution wurden deswegen keine schweren Hindernisse im Oktober 1922 in den Weg gelegt, weil ihr Wahrheitsgehalt sich vor allen schon in seiner ganzen Tiefe ausbreitete, weil sie jedem einzelnen etwas von ihrem Lichte enthüllte und ihre geradezu magische Gewalt — sogar den Gegnern — offenbarte.“ Man braucht mit diesem Bilde nur den Zustand des geistigen Deutschland von heute zu vergleichen, um sich darüber klar zu werden, wie sehr hier eine der wichtigsten Vorbedingungen für den Sieg einer „faschistischen Revolution“ vollkommen fehlt.

Wenn Mussolini sich nicht auf das feste Bündnis dieser drei großen Bewegungen hätte stützen können, so wäre wahrscheinlich das Werk gescheitert, sowohl die Erlangung der Macht mißlungen, als vor allem die Behauptung der Macht unmöglich gewesen. Aber werfen wir immerhin noch einen Blick auch auf die Bedingungen, welche ihm für seinen Sieg und für die Durchführung seines Werkes vom Schicksal günstig bestimmt waren. Als er durch den Marsch nach Rom nach der Staatsgewalt griff, fand er keinen Widerstand. Die Regierung kapitulierte, das Heer sympathisierte. Seitens des Auslands war kein Eingriff zu befürchten. (Man überlege, welche Bedeutung allein dieses letztere Moment etwa für den Versuch einer „faschistischen Revolution“ in Deutschland haben würde!)

Der König, vielleicht die Unmöglichkeit seines Widerstandes voll begreifend, trat sofort auf den „Boden der Tatsachen“, er legalisierte die Revolution, indem er Mussolini zum Ministerpräsidenten machte. Zweifellos hat er dadurch den Thron gerettet, denn auf eine Weigerung des Königs hätte der Faschismus mit der Ausrufung der Republik antworten müssen und es leidet keinen Zweifel, daß die faschistische Bewegung damals dazu bereit gewesen wäre. Mussolini hat lange gewartet, bis er seine unverbrüchliche Treue gegenüber der Dynastie erklärte.

Es beweist das hohe politische Genie Mussolinis, daß er sich für den Thron erklärte. Je höher er stieg, je größer seine Macht wurde, desto mehr wuchs er hinein in die Größe der nun von ihm zu bewältigenden Aufgaben. Giuliano betont mit Recht die außerordentliche Bedeutung der Wendung, welche der Faschismus nach erlangtem Siege nahm: „Nach diesem ersten Sieg war der Kampf gegen die Wurzeln des Übels behufs Ausrottung des Grundschadens weiterzuführen. Es war nötig, den angeschwollenen Strom der demokratischen Ideologien zurückzudämmen, seine zerstörende Wirkung aufzuhalten, alles im Staate wiederaufzubauen, was an sozialen Werten in ihm noch war, und eine Synthese der individuellen Freiheit und der Gesetzmäßigkeit, des Beharrens und des Fortschreitens in der Weihe einer neuen Staatsordnung zu vollziehen. Während geraumer Zeit seiner Entwicklung zeigte der Faschismus zunächst Merkmale einer konservativen, ja reaktionären Bewegung. Sobald er das volle Maß seines Sieges und die Ehre seiner Helfer in der nationalen Weihe erlangte, begann seine Arbeit an der Wiederherstellung der alten Institutionen, die durch Tradition dem Staate und dem Staatsleben sicheres Fundament verleihen: der Armee, der Kirche und der Monarchie. . . Nun hat der Faschismus und — für ihn — Benito Mussolini die langsame Wiederaufwertung dieser großen Traditionen in die Hand genommen. Mit ausgezeichnet feinem Gefühl für den Augenblick hat er nach genügender Vorbereitung des Volksgewissens mit entschiedener Betonung die Kirche, das Heer und die Monarchie wieder in ihre Rechte eingesetzt.“

Diese Betrachtungen sollen nicht allein ein besseres Verständnis dafür erwecken, daß der Faschismus mehr ist als ein geglückter Staatsstreich und das Glück einer großen Persönlichkeit. Sie sollen vor allem auch die Besinnung darüber anregen, was es braucht, um eine „faschistische Revolution“ zu gewinnen, was an Vorbedingungen gegeben sein muß, was an Vorarbeit geleistet werden mußte. Wenn man es ernsthaft überdenkt: für Deutschland erscheint der Weg und die Methode des italienischen Faschismus unmöglich.

Der Kampf im Nordosten

Von Georg Schröder

Man gewöhnt sich allmählich daran, daß ein oder zweimal im Jahre die Zeitungen voll des litauisch-polnischen Konfliktes sind und der Ausbruch eines Krieges im Nordosten für den nächsten Tag prophezeit wird. Pilsudski ist im November 1927 nicht nach Romno marschiert, er hat auch jetzt seinen Legionären oder irgend einem seiner Generale nicht den Befehl zum „Meutern“ gegeben. Friedlich, beängstigend friedlich ging es in Wilna zu. Man merkte nichts davon, daß „Pilsudski an die Verwirklichung

großer Pläne heranging“, was die Legionäre in ihrem Ausruf prophezeit hatten. So war die Tagung nur ein glänzendes Schauspiel, das eine geschickte Regie dem Ausland vorführte, um die Friedfertigkeit Polens zu beweisen und um gleichzeitig einen Druck auf Litauen auszuüben. Das letzte Ziel ist allerdings nicht erreicht, denn die verantwortlichen Männer Litauens waren davon überzeugt, daß Polen keine Gewalttat begehen würde, eine Ueberzeugung, die durch den Gang der Ereignisse bestätigt wurde.

Dieses periodische Kriegsgeschrei, dem dann stets eine Entspannung folgt oder doch ein Zustand des Fortwurstelns, könnte eine wenig erfreuliche Folge haben, die nämlich, daß man sich in Deutschland der Hoffnung hingibt, die Dinge und Gefahren im Nordosten seien nur halb so schlimm. Nun sind wir allerdings auch der Ueberzeugung, daß trotz der begeisterten Rufe „Auf nach Kowno“, die in Wilna ertönten, die Gefahr eines Handstreiches nicht sonderlich groß ist, schon deshalb, weil Polen dadurch seine starke Position verschlechtern würde. Aber auf einem anderen Wege kann Polen sein Ziel erreichen, und dieser Weg führt über Genf! Niemand zweifelt daran, daß die jetzige polnische Regierung bestrebt ist, Litauen sich zu unterwerfen, ob das nun durch eine Union der beiden Staaten erfolgt oder durch die Einsetzung einer neuen Regierung, die nach der polnischen Pfeife tanzt. Es steht außer Zweifel, daß die Polen zur Erreichung dieses Zieles sich des Völkerbundes bedienen wollen. Die Möglichkeit dafür ist gegeben. Der Völkerbund hat den beiden Staaten im Herbst des vergangenen Jahres geraten, die normalen Beziehungen unbeschadet ihres Standpunktes in der Wilna-Frage herzustellen. Konferenzen zwischen Litauen und Polen haben stattgefunden, aber positive Ergebnisse wurden nicht erzielt. Polen könnte Litauen anklagen, dem Ratschlag des Völkerbundes nicht gefolgt zu sein. Der Berichterstatter über diese Frage, der holländische Außenminister van Blookland, wird diese Behauptung als Tatsache hinstellen; dann kann mit Hilfe der Paragraphen 12, 13 und 15 der Völkerbundsatzung dem selbständigen Litauen das Lebenslicht ausgeblasen werden. Der Völkerbundsrat würde also Polen freie Hand gegenüber Litauen gewähren. Einstimmigkeit ist für diesen Beschluß nicht nötig. Stimmt Deutschland gegen ihn, dann behält es seine Handlungsfreiheit. Aber was will das heute bedeuten? Hoffst irgend jemand ernstlich, Herr Müller würde die Reichswehr marschieren lassen? Auch Rußland ist nach Ansicht der Militärpolitiker nicht imstande, einen Krieg jenseits der russischen Grenzen zu führen. So müßte also voraussichtlich die litauische Armee ohne Unterstützung durch reguläre Truppen fremder Staaten den Kampf gegen Polen führen. Das bedeutet nichts weniger, als daß drei Tage nach Kriegsbeginn die Regierung Woldemaras sich in Tilsit befinden wird, allerdings als Emigrantenregierung.

Diese „Lösung“ der litauischen Frage ist durchaus ernsthaft zu nehmen. Sie braucht nicht schon durch die Herbsttagung des Völkerbundes zu erfolgen. Wir sind der Ueberzeugung, daß es der litauischen Regierung gelingen wird — trotz der taktisch geschickten Note Jaleskis —, Zeit zu gewinnen. Mehr als drei Monate aber nicht. Allerdings muß noch die bevorstehende polnisch-litauische Konferenz abgewartet werden. Litauen könnte dort Zugeständnisse machen, also dem polnischen Verlangen nach Wiederaufnahme des direkten Eisenbahn- und Postverkehrs stattgeben, dann wäre die Lage wesentlich verändert. Wir glauben aber nicht, daß Woldemaras seinen bisherigen Standpunkt aufgeben wird. Es ist durchaus westeuropäisch gedacht — und dadurch unsinnig — wenn man väterliche Ratschläge gibt und den Litauern gut zuredet, solche kleinen Zugeständnisse zu machen, die die Sicherheit für Litauens Fortbestehen vergrößern würden. Man muß zehn Minuten osteuropäisch denken, dann wird man die

litauische starre Haltung besser verstehen. Die Geschichte hat die Litauer gelehrt, daß Polen die ganze Hand nimmt, wenn sie ihm den kleinen Finger reichen. Darum reicht Woldemaras Polen nicht den kleinen Finger! Und die Sicherheit, das Kompromiß? Die Litauer haben während mehrerer Jahrhunderte nur die Wahl gehabt zwischen Tod und Freiheit. Jeder der jetzigen Staatsführer konnte noch vor wenigen Jahren wegen Hochverrats zum Tode verurteilt werden. Fast hoffnungslos war ihr Kampf. Glückliche Umstände brachten dann Litauen die Freiheit. Von einem solchen Volk sollte man nicht erwarten, daß es einer Entscheidung ausweicht, daß es Kompromisse, die vielleicht klug wären, schließt.

Wenn die Dinge also in Genf wirklich so laufen sollten, wie wir es andeuteten, dann hat man selbstverständlich mit einer politischen und nicht mit einer juristischen Entscheidung zu rechnen. Es ist einigen pazifistischen Völkerrechtslehrern vorbehalten geblieben, den völkerrechtlichen Charakter des Völkerbundes und der von ihm beschlossenen Schritte aufzuzeigen. Die Erfahrung der letzten Jahre hat jedoch bewiesen, daß die Entschlüsse in Genf — trotz ihrer juristischen Motivierung — von den politischen Interessen der Großmächte abhängig sind. In Litauen schneiden sich nun die Interessen mehrerer Staaten. Es ist hier nicht nötig, eingehend darauf hinzuweisen, welche Bedeutung Litauen durch seine Lage für Deutschland, Polen und Rußland hat. Soviel scheint sicher zu sein: Frankreich wird Polens Machtzuwachs unterstützen, um so mehr, da durch den Erwerb Litauens Deutschland geschwächt und — wie oft genug behandelt — unser Tor nach Osten versperrt wird. Auch England könnte zu einer Unterstützung Polens geneigt sein, um die Konsolidierung des nahen Ostens zu erreichen.

In dem Augenblick, wo die Polen Litauen besetzen, wächst die Gefahr, daß auch Ostpreußen das litauische Schicksal teilt. Durch die Natur der Dinge ist so das Interesse Litauens und Deutschlands an einer engen politischen Zusammenarbeit gegeben. Auch für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit bestehen keine Schwierigkeiten, da beide Länder sich ergänzen. Diese Tatsachen bleiben bestehen, wie man auch denken mag“, äußerte sich der litauische Ministerpräsident vor einigen Tagen dem Verfasser dieses Artikels gegenüber. Es hat den Anschein, als ob auch im wachsenden Maße die deutsche Öffentlichkeit die Verbundenheit der beiden Staaten erkannt hat, und so wird man vom Auswärtigen Amt fordern müssen, daß es alle Schritte unternimmt, die einen Völkerbundsbeschluß, wie wir ihn andeuteten, verhindern können. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung dürfte es sein, wenn die Wilhelmstraße in London darauf hinweist, daß eine allseitige Abschnürung Ostpreußens durch Polen für Deutschland unerträglich sei und eine so wesentliche Umwälzung des Zustandes im Osten bedeute, daß auch wir uns freie Hand vorbehalten müßten. Die englische Unterstützung der Pläne Polens könnte das Gegenteil des Erstrebtens hervorrufen: keine Konsolidierung, sondern Zusammenstöße. Denn selbst wenn die deutsche Regierung tatenlos dem Einmarsch der Polen in Kowno zusehen sollte, läßt sich nicht vorhersehen, welche Schritte die deutsche Ostmark, die weiß, daß es um ihr Schicksal geht, machen wird.

Ideologie und kein Ende

Von * * *

Der äußere Lärm der „deutschen Geschichte“ seit einem Jahrzehnt täuscht gewiß niemanden über den wahren Verlauf der Dinge. Immerhin sind wir so anspruchslos nicht, wie wir uns vorreden möchten. Die äußere Konsolidierung der Lage ist zum A und O unserer organisch verlogenen Ruhmredigkeit geworden. Die entsetzlichen, schmerzlich-zerrissenen Nachkriegsjahre — diese fünfjährige Fortsetzung des Krieges und der Revolution mit anderen Mitteln — werden als ein einziger Abgrund von Verirrung, Elend und Verarmung betrauert; so wie einer, der sein Schäfchen im Trocknen hat, mit behaglichem Grusel an durchlittene ruinöse Geschäftszeiten denkt. — Daran erinnert jedoch nicht die öffentliche Meinung, daß in diesem furchtbaren Jahr-fünft das Wahre und Schwere unserer Lage wie ein tägliches Wetter um uns war, daß — alle Ueber-spannung und Abspannung dieser Zeit abgerechnet — der bleibende Stand unserer Verhältnisse zur Welt und zu uns selbst mit einer beispiellos bedrängenden Macht auf uns lag. Diesen Alldruck haben wir von uns fortgedoktert, fortorganisiert. Für das vaterländische Empfinden — wenn es nur wach und scharf genug geblieben ist — liegt in dieser Heilkur eine außerordentliche Gefährdung der politischen Gesamtstimmung der Nation. Die sogenannten subjektiven Beschwerden sind fortgefallen. Das Leiden besteht ohne äußere Schmerzbegleitung fort; es wuchert unter der Oberfläche; seine Wandlungen und Verschlimmerungen bleiben unerkannt, unbehandelt. Bereits in dieser Verschleppungstaktik gewahren wir einen ersten typischen Zug deutscher Nachkriegspolitik, der Feststellung und Untersuchung fordert.

Die wilhelminische Ära mit Einschluß des Krieges gilt der aufgeklärten, superklugen Verachtung dieser Epoche als politisch unverantwortlich, als leichtfertig uninformiert, optimistisch. Das ist ebenso richtig wie falsch! Bekanntlich ging der Möchte Wilhelm II als Pessimist in den größten aller Kriege, und das Bekenntnis des unseligen Bethmann-Hollweg kurz vor seinem Tode zu Friedrich Meinecke zeigt unzweideutig, daß der Geist der Mäßigung als ein Widerspruch zur Weltstunde des Weltkrieges vom ihm selbst nachträglich empfunden wurde. Indessen gerade dieser typischen Nervosität des alten Regimes entspringt der ebenso typische Antrieb, diese Nervosität zu verbergen oder doch wenigstens nicht zu verbreiten. Und an dieser Stelle erhebt sich jene systematische Beschwichtigungsmanie und Berharmlosungspolitik welche das trotz aller Ableugnung vorhandene, freilich schlummernde politische Genie der Deutschen ungeweckt ungeformt, ungeführt seiner leimhaften Verschlossenheit überließ. Man wende nicht ein: Genie ringt sich durch. Nichts bedarf größerer Sorgfalt; die englische, die französische, — neuerdings die italienische und russische politische Erziehung beweisen unzweideutig unsere Behauptung. Erst in unermüdlichem Zeigen und Aufdecken von Gegensatz und Gefahr, von Wappnung und Stärkung eigener Interessen, eigener Werte, im Fortun und Vor-schweigen von vorbeugender und vorgegreifender Initiative werden in der öffentlichen Meinung jene Kräfte ausgelöst, wach erhalten und in Marsch gesetzt, auf denen sich Politik als ein Kräftesystem lebendiger Werterhaltung und Wertgestaltung aufbaut;

so wie jede fruchtbare Strategie ihrer Taktik sich unbedingt versichert halten muß, wenn aus Plänen Handlungen werden sollen. Gewiß ist auch Politik als ein unvollkommenes Instrument unvollkommener, zerbrechlicher, schwacher und boshafter Wesen nicht mehr als ein System von Aushilfen, um ein berühmtes Clausewitzwort auf die Politik anzuwenden. Aber das muß sie eben sein, mit vollem Bewußtsein sein. Tritt an die Stelle der Aushilfe der Hilfsersatz, so ist trotz „taktischer Scheinsiege“ Politik umgangen, d. h. hinausgeschoben. Um nun diesen außenpolitischen und innenpolitischen Hilfsersatz als wahre Aushilfe erscheinen zu lassen, bedarf es dem deutschen Volke gegenüber, das unter einem stillgelittenen Ueberarbeitungs- und Unterbezahlungsdruck lebt, einer besonderen Beschwichtigungsideologie, ja fast einer couéistischen Dauer suggestion: „Es wird immer besser“. Für die unverantwortliche Beschwichtigungsideologie der deutschen Öffentlichkeit im Weltkriege läßt sich immerhin die Entschuldigung vorbringen, man habe den Zusammenbruch der Heimat verhindern wollen (den man durch Umschmeichelung der bürgerlichen Ruhe indirekt verschuldet hat). Solche Entschuldigung ist gegenwärtig unmöglich. Man arbeitet bewußt auf radikale Ausschaltung der öffentlichen Meinung hin. So ist es der Kriegsschuldfrage ergangen; so erging es dem Dawesproblem; so den Grenz- und Rüstungsfragen. Wir leben im Zustand des unaufgeklärten Despotismus einer anomnen Staatsgewalt, „gemildert“ durch Plutokratie und flankiert vom Reichsbanner. Gewiß — am Spiel öffentlicher Stimmungen und Erregungen will man den farbigen Abglanz einer farblosen Wirklichkeit den Massen und Gruppen gern als Illusion erhalten wissen. Auch das Bestehenlassen gegnerischer Meinungsäußerungen in der Presse ist wohlangezeigt. Die neue Reichserhaltungsideologie kann sich so dialektisch tummeln und verliert von ihrer Wohlbeleibtheit. Aber die ernste, wahrhaftige, systematische Pflege und Herausarbeitung einer rückhaltlosen, jedoch disziplinierten und gerade darum wuchtigen öffentlichen Meinung wird — aus ihren Verzweiflungsansätzen von 1918—1923 zu bekannt — vom Instinkt der natürlichen und historischen Unterlegenheit als der Todfeind gefürchtet und ersticht. In der Tat und noch einmal! Ohne öffentliche Verantwortung, ohne öffentliches Gewissen sind wir so oder so eine Bedientenation in dem doppelten Sinne einer außen- und innenpolitischen Unfähigkeit, durch das Ethos der Unbeugbarkeit und positiver Kritik an unhaltbaren Zuständen Auseinandersetzungen vorzubereiten, die nicht lediglich auf der Linie des geringsten Widerstandes ausgetragen werden. Worin besteht nun aber diese Beschwichtigungsideologie? Worin jede Ideologie besteht: in der Tribalisierung von Grundsätzen, in der Verwaschung von Ueberzeugungen, in der Beschönigung und Maskierung einer „Geheimpraxis“. Grundsätze sind zu bloßen Spielregeln verflacht, Ueberzeugungen weltanschaulicher Art und Tiefe sind in vieldeutige Programme oder Formeln aufgelöst, hinter denen eindeutige Interessen lauern. Eine undurchsichtige Praxis gibt sich honorig. Da in diesem allgemeinen Wortbrei „alles“ gegeben wird, wird jeder sich einreden können, ihm sei „manches“ gegeben worden. Auf diesen Grundton schillernder Allseitigkeit ist nunmehr seit der Stabilisierung die offizielle und halb-

offizielle Berichterstattung abgestimmt. Diejenigen Deutschen, in denen historischer Sinn, echte Bildung, ein klarer Blick für die Wirklichkeit und Wirksamkeit politischer Zustände sich gegen den Ansturm der Ideologien aller Sorten erhebt, leben resigniert oder empört jenseits dieser bornierenden Schranken und sind längst gewohnt, sich von anderer Seite zu informieren oder informieren zu lassen.

Aber die Träger einer Opposition gegen diesen verderblichen Leerlauf, gegen diese Gründerjahre einer äußerlichen Konsolidierungspolitik? So wird man einwenden. Und man darf hinweisen auf eine sich versteifende Front von deutschen Menschen und Gruppen, die sich leidenschaftlich aufbäumen gegen dieses zynische Ableugnen unserer wirklichen Lage und unserer wahren Bestimmung. Der geborene und tragisch wissende Aristokrat unter den Denkern der Alten, Heraklit, hat gegen den Sklavenaufstand der Demokratie, den er erlebte, gegen die tödliche Wahlarithmetik der ionischen Polis das ehernerne Wort aufgerichtet: „Einer gilt mir zehntausend, wenn er von edler Art ist.“ Man würde unter dem Schutze dieses Fehdewortes noch in Geduld Jahrzehnte ausharren können, — wenn es auf unsere Opposition zuträfe. Das ist jedoch nicht der Fall; nicht ohne weiteres. Die Opposition des Wortes, der Entgegnung ist von jeher in größter Gefahr gewesen, durch das Handgemeinwerden — und was schlimmer ist: durch das Wortgemeinwerden — mit dem Gegner ihm wesensverwandt zu werden. Nie in der Geschichte ist es auf bloße *dicta* angekommen, sondern auf *facta*; wobei indessen Menschen und Mächte zuweilen alles Tathafte im Wort selber erschufen. Diesen Sinn von Wort — in höchster Prägung im christlichen Denken erzeugt und erhalten — sehen wir in wenigen Vorbildern verwirklicht: an anderem Ort, wo wir das dichterische Gebilde dem Gerede des Dichtersings, die Sprache des Philosophen dem Jargon des Ideologen entgegenstellen, wird von dem Reich und Gegenreich des Wortes in dieser Ebene zu handeln sein. — Das Wort der Opposition verfällt naturgemäß und historisch nur allzu leicht dem Sinne der Entgegensetzung. Weder unser Ausgangspunkt noch unsere Grundlage ist jedoch jene ideologische Gegenwart, die weder zur Zukunft noch zur Vergangenheit ein lebendiges Verhältnis hat. Dieses Vakuum, gegen das wir uns wenden, hat überhaupt keine Position: es wird lediglich zusammengehalten aus tausend Oppositionen bürgerlicher, Kleinbürgerlicher, proletarischer Herkunft. Die derzeitige Kraft dieses Zweckverbandes rührt davon her, daß in dem Verraum wahrer Machtverhältnisse — den von Deutschland und für Deutschland niemand innehat noch innehaben könnte, weil alle Voraussetzungen dafür fehlen — ein Interessengefüge sehr dehnbarer Art besteht, das an das Minimum einer historisch wohl fundierten, im Volke verwurzelten, mithin Ausbreitung, Vertiefung, Dauer versprechenden Machtintention nirgend ernsthaft heranreicht. Die Beispiele liegen auf der Hand. Der Sozialdemokratie sind die schwersten, aber auch die größten Verantwortungen von der Geschichte auferlegt. Das machtheisende Genossenschaftselement in den Gewerkschaften verpflichtet zu einer konservativen Massenerziehungspolitik allergrößten Stiles und zugleich zur endgültigen Aufgabe der marxistischen Staatsfeindschaft bei so hemmungsloser Besetzung aller Schlüsselstellungen des überkommenen Staates. Aber was geschieht? Man jongliert für die jeweilige Perspektive der Massen zwischen Marx und Lassalle hin und her. Wenn man unbeschränkte

Geltung genießen kann — und so bequem! —, warum soll man dann aus dem gemischtwirtschaftlichen Bereich bourgeois-proletarischer Ideologie heraustreten in die Notwendigkeit und Freiheit politischer Dezzision?! Die Demokraten hätten eine außerordentliche Wirkung gehabt, wenn sie — geleitet von historischem Takt und volkhaftem Instinkt — dem härtesten Volksnationalismus die Schleusen geöffnet hätten. Max Weber hat unzweideutig eine solche Haltung postuliert. Wie ihn die eigene Partei behandelt hat, ist allbekannt. Er ist nicht einmal in die Nationalversammlung gekommen. Jeder Partei kann gezeigt werden, wo ihr primärer, politischer Gesinnungs- und Verantwortungspunkt liegt, wie sie ihn aber des Kompromisses wegen, mithin der bloßen Geltung wegen, durch eine Ideologie aus dehnbarstem Material verraten hat. Den Deutschen gebührt der härteste Tadel: sie haben ihre Macht im Volke, die sie in der Tat besaßen, für ihre Geltung im „Staat“ preisgegeben. Doch genug dieser unfreundlichen Beispiele!

Diese Positionslosigkeit ist längst als parlamentarische Geschmeidigkeit so in Ehren gekommen, daß die Rückforderung einer klaren Linie althäterisch anmutet. Daß sie ohnehin ins Leere verhallt, ist gewiß. Aber für die Opposition im Lande bedeutet die Einsicht in die „Machtsoziologie“ des Parlamentarismus etwas wie eine Befreiung. Man muß das intimste Glaubensbekenntnis des Feindes kennen, um ihn richtig bekämpfen zu können. Der Feind einer bewußten deutschen Politik ist und bleibt die Geltungsbefessenheit derjenigen Gruppen, die — unbelehrbar wie vor und im Kriege — mit ihrem Machterfaß, d. h. ihren Geltungsbereichen jahraus jahrein hin und her markten. Die jeweilige Ideologie, mit der sie Massen, Genossen, Freund und Feind „bearbeiten“, ist das Produktionsmittel ihres Machterfaßes, eben ihrer jeweiligen Geltungssphäre. Dieser hemmungslose Geltungstrieb entspringt einer Schicht, die in jedem ernstern Sinne ohne Tradition ist. Auch hier gewahren wir die Fusion und das Nebeneinander bourgeois-proletarischer Lebenseinstellung. Zur Verwaltung der Macht sind aber nur die Schichten berufen, die nicht Geltung begehren, sondern Verantwortung und Führung als ihr Lebens-element fühlen, die vor allem keine Geltung benötigen, um vor sich selbst etwas zu sein. Nur wer mit ruhigem Herzen über dem politischen Treiben steht, sollte in die Politik gehen. Wer von dem Eindruck möglichen Einflusses, steigender Geltung fasziniert ist, hat die Vorbedingungen innerer Unabhängigkeit nicht erfüllt. Es ergreift immer von neuem, durch das ganze Lebenswerk Bismarcks die unaufhörlichen Rufe nach edelmännischer, ländlicher Weltabgeschiedenheit und friedlich-schaffender Genügsamkeit zu vernehmen. Hindurch klingt durch all diese Sehnsucht nach ergreifender der wehmütige Wunsch, im hehren Frieden der ewigen Natur, in der stillen Gottes- und Waldgeborgenheit tätig-ansehend zu ruhen. Wer sich den ewigen Verhältnissen von Mensch und Geschichte nicht beugt, vielmehr mit jedem Geschäft zwei neue verbindet, immer darauf bedacht, auf der Leiter des lärmenden Zufalls emporzusteigen, der wird sich und seine Händel — nach den Worten des famosen Thomas Mann — zu einem einzigen schwebenden Unerbirten machen.

Die Stärke der Opposition gegen diese — erst jetzt auf der ganzen Linie florierenden — Ausblüte der wilhelminischen Ära liegt darin, daß ihre Menschen und Sachverhaltungen in einem andern Sein ruhen, als es das der opportunistischen Reichs-, Staats- und

Bestellungen nimmt jeder Postbote entgegen

Volksideologie ist. Im Sein gibt es keine Kompromisse: es ist entweder so oder so. Auch das wesenentleerte Sein der Erfolgreichen, der Arrivierten ist irgendwo ein scharfes So. Diese Leute glauben weder an Gott noch an sich. Sie glauben nicht an Macht und sehr folgerichtig nicht an Herrschaft. Sie glauben an das Nichts. Sie füllen — wiederum äußerst folgerichtig — dieses Nichts mit einer Relativitätspraxis der Geltung.

Die allgemeine politische Diskussion über Staat, Volk, Reich usw. gewinnt von dieser Geltungsstruktur her ein grundanderes Gesicht, als wenn man sich gutgläubig jeweils in den Worthafen der Sprecher begibt und mit ihnen verhandelt: man muß schon an Land steigen. Es wird nämlich nicht über denselben Ge-

genstand gesprochen, auch wenn es den Anschein hätte. Der Mensch der Geltung befestigt sich durch Konvention. Der Mensch der Macht steht in der Tradition. Darum ist dem ersten, der weder vom Erfahren der Welt noch vom Anschauen ihres Dauergefüges etwas will oder weiß, unsere Ruhe und unsere Bewegung unverständlich und lächerlich. Er lebt in der Ideologie, seinem gemachten Element, seiner Beruhigung. Er lebt von der Sensation, seiner Art, Leben zu produzieren und zu konsumieren. Unser angestammter Lebenskreis ist die Weltanschauung: aus ihr entspringen Tradition, Macht, Geschichte. Wir haben die Vergangenheit, die unideologische Gegenwart und die Zukunft für uns.

Kritik der Presse

Ein Teil der reichsdeutschen Presse hat bei der Behandlung der innerhalb der südslawischen Staatsgrenzen zwischen den Kroaten und der Belgrader Staatszentrale vorhandenen Gegensätze schief gelegen. Aus Sensation und Unkenntnis wurden übertriebene Folgerungen an die blutigen Vorgänge in der Skupština und den Tod von Raditsch geknüpft, als ob der neue südslawische Staat bereits in seinen Grundfesten erschüttert sei. Es fehlt an den geeigneten Berichterstattern in Belgrad. Da Ugram näher bei Europa liegt und die Beziehungen zu diesem ehemaligen Teil der österreichisch-ungarischen Monarchie noch aus der Vorkriegszeit her enger sind, sieht man die Welt mehr von Ugram denn von Belgrad aus. Und unter dem Eindruck der den Serben die Ehegemeinschaft auffagenden Reden von Trumbitsch und Pribitschewitsch, die, wie ausführlich vermeldet wurde, am Sarge in Tränen ausbrachen, wurde vergessen, daß diese Männer, wie auch Stefan Raditsch, seiner Zeit die eifrigsten Vorkämpfer eines neuen Südslawiens waren, obwohl die Kroaten in der alten Monarchie alle die Selbstverwaltungsrechte besaßen, die ihnen heute von den Serben vorenthalten werden, und daß bei aller Schärfe der innerpolitischen Auseinandersetzung die Loslösung Kroatiens aus dem südslawischen Staatsverbände eine Utopie ist, die am wenigsten von den ehrgeizigen Ugramer Politikern verfolgt oder gewünscht wird. Vor allem hat der Tod von Raditsch hier klärend und — entspannend gewirkt. Kühn, nüchtern und losgelöst von der balkanischen Phraseologie betrachtet die „Germania“ des „letzten Großkroaten“ Tod und seine Folgen: „Der Unterschied zwischen dem serbischen und kroatischen Stamm besteht in einer Charaktereigenschaft: der Kroat ist phantasiereich, der Serbe realistisch. In der politischen Linie der beiden Stämme führte dies zu einer bezeichnenden Ausdrucksweise. Die Serben sagen: „Wir haben den großserbischen Einheitsstaat erkämpft;“ der Kroat denkt: „Wir möchten den großkroatischen Einheitsstaat erreichen.“ Folgerichtig trägt der Serbe Stein um Stein zusammen, um das erkämpfte Nationalgebäude auszu dehnen und zu sichern. Unlogisch wechselt der Kroat Richtungen und Ideen, um das bestehende Einheitshaus neu zu bauen. Zwangsläufig ergab sich aus diesen Charaktereigenschaften auch die praktische Einstellung: Der Kroat ist wechselnd, überstürzend, beinahe nervös. Der Serbe versteht es, zu warten. Was nun? In Kroatien besteht eine Einheitsfront. Der Serbe

aber wird abwarten, bis sie brüchig wird. Gerade dafür aber gibt es Unhaltspunkte, weil der verstorbene Volkstribun nunmehr ersetzt werden soll. Mit Raditsch verständigten sich die Unterführer schwer, aber sie mußten sich verständigen, weil er die Massen für sich hatte. Nun werden die Unterführer mit ihren eigenen Ideen mehr und mehr hervortreten. Aus vier Richtungen setzt sich erkennbarerweise die bäuerlichdemokratische Union zusammen. Da ist vor allem der Serbe Pribitschewitsch, der zwar nicht „Serbianer“, das heißt Altserbe, wohl aber serbischer als die Altserben ist. Er liierte sich mit Raditsch, weil ihm nur dieser jene Massen beistellen konnte, die herbeizuholen den Pribitschewitsch-Demokraten selbst dann nicht gelang, als sie als Regierungspartei die Wahlen des Februar 1925 machten. Für Pribitschewitsch gibt es keinen großkroatischen Gedanken, keinen kroatischen Föderalismus, sondern bloß die Frage, wer im Einheitsstaat die Macht auszuüben hätte. Wenige Tage vor dem Tode Raditschs erfolgte für diese Einstellung Pribitschewitschs ein Beweis: Trumbitsch, der kroatische Föderalist, dessen Skupština-Fraktion über zwei Mandate verfügt, wollte an der Oppositionstagung im Zagreber Sabor-Gebäude teilnehmen. Raditsch war dafür, Pribitschewitsch dagegen, weil die Tagung ein Parteikongreß, aber kein Gegenparlament sei. Raditsch war bereits todkrank, Pribitschewitsch stoßkräftig wie immer, Trumbitsch wurde daher nicht zugelassen und vollzog, um zugelassen zu werden, seine Untierung mit der Raditschpartei.“ — Sehr fein vergleicht die „Germania“ die Gegensätzlichkeit von Pribitschewitsch und Trumbitsch mit der Feindschaft Masaryks und Beneschs zu Kramasch; auch diese Irredentisten des alten Reiches; aber die einen Auslandspropagandisten, der andere Heimrevolutionär. Darüber hinaus aber sind in der eigentlichen Raditsch-Partei noch die verschiedensten Gruppierungen vorhanden, welche nur Raditsch einigermaßen zusammenhalten konnte. Die „Germania“ zieht aber das richtige Ergebnis: „Während Belgrad sonach abwarten kann, um „Ereignisse heranreifen“ zu lassen, muß die Zagreber „Einheitsfront“ Entschlüsse fassen . . . Bedenkt man oben drein, daß das Belgrader Ministerpräsidium durch einen Mann geleitet wird, dessen Kompromißtaktik bewährt ist, bedenkt man, daß der Slowene Korosefch zweifellos alles daran setzen wird, um die Beruhigung herbeizuführen, so kommt man zum Ergebnis, daß Raditschs Tod zu der „Staatskrise“ nicht führen wird.“

Das vorliegende Heft

ist das letzte im Monat August. Sollte die Bezugsgebühr für September noch nicht erhoben sein, so bitten wir, sofort das Abonnement bei der Post zu erneuern, da sonst die Lieferung eingestellt wird.

Jungkonservativer Klub

August

Keine Veranstaltung